SWP

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit **Stiftung Wissenschaft und Politik**

Der Bundeswehreinsatz im Libanon: Stabilisierung erfordert neben militärischer Präsenz stärkeres politisches Engagement*

Muriel Asseburg

Deutschland ist mit rund 960 Soldaten nicht nur zum ersten Mal an einem Militäreinsatz im Nahen Osten beteiligt; es hat im Oktober 2006 auch die Führung der »Maritime Task Force« (MTF) der UNIFIL vor der Küste des Libanon übernommen. Das Bundeskabinett hat im August 2007 die Verlängerung des Einsatzes um ein Jahr, die Senkung der Obergrenze des deutschen Kontingents (von 2400 auf 1400) und die Übergabe der Führungsrolle zum Februar 2008 vorgeschlagen. Mitte September soll nun der Bundestag über die deutsche Beteiligung abstimmen. Die Verlängerung des Mandats ist sinnvoll, auch wenn die Präsenz des Flottenverbandes im wesentlichen symbolischer Natur ist. Intensiver als bislang sollte sich Deutschland allerdings gemeinsam mit seinen europäischen Partnern darum bemühen, das Waffenembargo an der syrisch-libanesischen Grenze umzusetzen, den nationalen Dialog im Libanon zu fördern und auf eine regionale Konfliktregelung hinzuarbeiten.

Der Libanonkrieg 2006, »UNIFIL plus« und die deutsche Beteiligung

Die Sicherheitsratsresolution 1701 vom 11. August 2006[1] begründete einen Waffenstillstand, der die kriegerischen Auseinandersetzungen beendete,[2] die durch den grenzüberschreitenden Angriff der Hizbullah auf eine israelische Patrouille und die Entführung von zwei israelischen Soldaten am 12. Juli 2006 ausgelöst worden waren. In den asymmetrischen Auseinandersetzungen zwischen Hizbullah, Israel und dem Libanon im Juli/August 2006 hatte Israel eine Luft- und Seeblockade über den Libanon verhängt und Luftangriffe auf den Südlibanon und Beirut sowie auf zentrale Infrastruktureinrichtungen geflogen, in den letzten Wochen des Krieges auch eine Bodenoffensive im Südlibanon durchgeführt. Hizbullah hatte mit Raketenangriffen auf israelische Städte zurückgeschlagen. Die libanesische Armee war weitgehend außen vor geblieben; die libanesische Regierung hatte die internationale Gemeinschaft um Unterstützung und Beendigung der Kampfhandlungen gebeten.

Resolution 1701 mandatierte eine gegenüber der bisherigen UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon) verstärkte und robustere Truppe, die den

* Gekürzter Vorabdruck eines Beitrags, der in einem von Stefan Mair herausgegebenen Sammelband zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Herbst 2007 bei der SWP erscheint.

1 Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006, S/RES/1701 (2006).

2 Rund eine Million Libanesen und ca. 300 000 Israelis flüchteten vor Bombardierungen bzw. Katjuscha-Raketen; rund 1200 libanesische Zivilisten, 50 libanesische Soldaten und 500 Hizbullah-Milizen wurden auf der einen, knapp 50 israelische Zivilisten und 120 israelische Soldaten auf der anderen Seite getötet.

Waffenstillstand überwachen, die Durchsetzung staatlicher libanesischer Kontrolle im Südlibanon unterstützen und ein Waffenembargo gegen Hizbullah durchsetzen soll. Die Europäer stellen heute mit rund 7000 Soldaten den Großteil der etwa 13000 Mann und Frau starken UNIFIL-Truppe, an der unter italienischer Führung insgesamt 30 Nationen beteiligt sind.

Deutschland hat die Führung der *Maritime Task Force* vor der Küste des Libanon übernommen. Die Möglichkeit, sich mit der Marine am UNIFIL-Einsatz zu beteiligen und die seeseitige Absicherung des Waffenstillstandes und Überwachung des Waffenembargos zu übernehmen, erlaubte es Deutschland, einerseits Flagge zu zeigen und sich für den Frieden in Nahost engagieren, andererseits kein (allzu großes) Risiko einzugehen, mit israelischen Soldaten in einen Schusswechsel bzw. zwischen die Fronten zu geraten. Von besonderer Bedeutung war dabei für die Bundesregierung, dass der Einsatz von den Hauptkonfliktparteien erwünscht war; sowohl die israelische als auch die libanesische Regierung hatten Deutschland ausdrücklich um eine Beteiligung gebeten.

»UNIFIL plus« – ein robustes, aber kein offensives Mandat

In der Resolution 1701 stellt der Sicherheitsrat zwar fest, dass der Konflikt im Libanon eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstelle, direkt wird aber weder auf Kapitel VI noch auf Kapitel VII der VN-Charta Bezug genommen. Die Resolution lässt sich zwischen den beiden Kapiteln verorten; konkret bedeutet das, dass »UNIFIL plus« ein robustes, aber kein offensives Mandat zukommt.[3] Die vielen vagen Formulierungen sind darauf zurückzuführen, dass der Sicherheitsrat die Akzeptanz des Einsatzes durch alle drei am Konflikt beteiligten Seiten (Israel, Libanon, Hizbullah) gewährleisten wollte.[4] Mit der Resolution modifizierte der Sicherheitsrat das Mandat der seit 1978 im Südlibanon stationierten und im Allgemeinen als ineffektiv erachteten UNIFIL-Beobachter und stockte diese von rund 2000 auf bis zu 15000 Soldaten auf.[5] Damit entschieden sich die Mitglieder des Sicherheitsrates sowohl gegen eine von den USA zunächst bevorzugte »muslimische Truppe«, die Hizbullah pro-aktiv entwaffnen sollte, als auch gegen eine NATO-

3 Zur völkerrechtlichen Einordnung der Resolution vgl. Heiko Nitzschke/Peter Wittig, »UN-Friedenssicherung. Herausforderungen an die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik«, in: *Vereinte Nationen*, (2007) 3, S. 89–95; Dieter Weingärtner, »Das UNIFIL-Mandat der Bundeswehr – politische und rechtliche Aspekte«, in: *Humanitäres Völkerrecht*, 20 (2007) 2, S. 116–119.

4 Bisherige Friedenseinsätze im Nahen Osten haben gezeigt, dass deren Erfolg nicht in erster Linie von der »Robustheit« der Truppe, sondern vor allem von ihrem Mandat und ihrer Legitimität bei den Konfliktparteien abhängt: Während der robuste Einsatz der überwiegend amerikanischen und französischen Kontingente im Libanon Anfang der 80er Jahre zu einem Fiasko wurde, gelten sowohl die UNDOF-Mission (United Nations Disengagement Observer Force) auf dem Golan als auch die multinationalen Kräfte (Multinational Force and Observers) auf dem Sinai als erfolgreich – in beiden Fällen gibt es eine eindeutige Grundlage (sei es ein Friedens-, sei es ein Waffenstillstandsabkommen), beide Seiten haben den politischen Willen, das Abkommen strikt einzuhalten und es existieren keine dritten Parteien, die den Prozess stören.

5 Das Mandat für »UNIFIL plus« galt zunächst bis zum 31. August 2007 und wurde am 24. August 2007 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen um ein Jahr verlängert.

Mission, wie sie zunächst von Israel gefordert worden war, kamen Israel aber insofern entgegen, als sie europäische Führung und einen starken europäischen Anteil an der Truppe zusagten.

Gleichzeitig beruft der Text sich explizit auf den von der libanesischen Regierung verabschiedeten – und damit von Hizbullah, die zu diesem Zeitpunkt noch Teil der Koalition war, mitgetragenen – Sieben-Punkte-Plan vom Juli 2006.[6] In diesem Sinne soll »UNIFIL plus« nicht nur die Einstellung der Feindseligkeiten, den israelischen Truppenabzug sowie die Einhaltung des Waffenstillstands und des Waffenembargos überwachen, sondern vor allem der Regierung des Libanon dabei helfen, die in diesem Plan eingegangene Selbstverpflichtung einzulösen, ihre effektive Kontrolle im ganzen Land durchzusetzen und im Südlibanon eine Art Pufferzone zu schaffen, in der es außer den offiziellen libanesischen Streitkräften und den UNIFIL-Truppen keine bewaffneten Kräfte geben sollte. Im Vordergrund steht also nicht der Auftrag zur Friedens*erzwingung*, sondern die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bei der Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit, Souveränität und politischen Unabhängigkeit des Libanon. Die Mission hat daher im wesentlichen unterstützenden Charakter; UNIFIL handelt bei der Umsetzung ihres Mandats auf Ersuchen der libanesischen Regierung. Zwar lassen Resolution 1701 Ziffer 12 und die Einsatzregeln durchaus den Einsatz von Gewalt zur Selbstverteidigung und zur Durchsetzung des Mandats zu, eine aktive, umfassende Entwaffnung der Hizbullah ist aber nicht vorgesehen.[7] Das Einsatzgebiet von UNIFIL ist zudem auf den Südlibanon beschränkt, also das Gebiet südlich des Litani-Flusses einschließlich des darüber liegenden Luftraums.

UNIFIL-Truppen im Südlibanon

Der israelischer Truppenrückzug aus dem südlichen Libanon wurde planmäßig durchgeführt, die geräumten Gebiete umgehend von UNIFIL-Soldaten gesichert und anschließend an die libanesische Armee übergeben, die so zum ersten Mal seit fast 30 Jahren israelischer Besatzung bzw. effektiver Kontrolle

6 Der Sieben-Punkte-Plan sah einen sofortigen Waffenstillstand und die Wiederbelebung des israelisch-libanesischen Waffenstillstandsabkommens von 1949 vor, die Unterstützung der libanesischen Regierungstruppen durch eine aufgestockte UNIFIL, die Freilassung israelischer und libanesischer Häftlinge/Geiseln durch Vermittlung des Roten Kreuzes, einen israelischen Rückzug hinter die Blaue Linie (also die von den VN 2000 demarkierte israelisch-libanesische Grenze), die Ausdehnung der Regierungshoheit auf den gesamten Südlibanon, die Rückkehr der libanesischen Bevölkerung in den Süden des Landes, einen israelischen Abzug aus den Shebaa-Farmen, die zunächst unter VN-Kontrolle gestellt werden sollten, sowie die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau. Vgl. »Hizbullah Backs Siniora's Plan«, 28.7.2006, <http://www.beirutbeltway.com>.

7 Dies ist vor allem auf Absprachen zwischen dem Premierminister und Hizbullah zurückzuführen, nach denen einerseits die Milizen im Südlibanon keine Waffen tragen und das Gewaltmonopol des Staates nicht in Frage stellen würden, die Regierungstruppen andererseits keine aktive Entwaffnung durchführen würde. Vgl. Timur Göksel, *UNIFIL – Peacekeepers in the Line of Fire,* Beirut: Heinrich-Böll-Stiftung, 7.8.2008, <http://www.boell-meo.org/download_en/UNIFIL-Peacekeepers_in_the_Line_of_Fire.pdf>, S. 3f.

der Hizbullah in den Süden des Landes zurückkehren konnte. Zwar ist die Waffenruhe seither immer wieder gebrochen worden, vor allem durch Grenzverletzungen israelischer Streitkräfte und israelische Aufklärungsflüge; die Hizbullah-Milizen haben aber ihre Stellungen entlang der Grenze aufgegeben und Provokationen eingestellt. UNIFIL hat funktionierende Kommunikationsstrukturen mit den Militärs beider Seiten und regelmäßige Dreiertreffen eingerichtet, so dass Irritationen schnell beigelegt und eine Eskalation bislang vermieden werden konnten – etwa bei dem einzigen Feuergefecht, das am 8. Februar 2007 im Grenzstreifen zwischen Israel und dem Libanon stattfand. Eine ernsthafte Gefährdung der Waffenruhe scheint sich allerdings seit Juni 2007 durch Angriffe jihadistischer Gruppen abzuzeichnen, die im Zusammenhang mit den Kämpfen zwischen libanesischer Armee und Militanten der Fatah al-Islam im Norden des Landes zu sehen sind.[8] Dazu gehörten ein Raketenangriff auf israelisches Gebiet am 17. Juni sowie ein Anschlag auf UNIFIL-Truppen am 24. Juni, bei dem sechs Soldaten zu Tode kamen.

»UNIFIL plus« hat zusammen mit der libanesischen Armee im Süden des Landes ostentativ Präsenz gezeigt; sie führt regelmäßige Patrouillen und Kontrollen an Checkpoints durch. Dadurch ist es weitgehend gelungen, Ruhe herzustellen und allzu offensichtliche Übertretungen des Waffenembargos und des Verbots, Waffen zu tragen, zu verhindern. Gleichzeitig ist UNIFIL selbst dabei mit einer massiven Bewaffnung aufgetreten, die zu Irritationen bei der Bevölkerung geführt hat. Verstärkt wurden diese noch durch kolportierte Äußerungen deutscher Politiker, die Mission diene dem Schutz Israels. Sie schlugen sich zunächst in einer zurückhaltenden bis feindlichen Haltung gegenüber der internationalen Präsenz nieder. Seitdem haben einzelne Kontingente begonnen, sich stärker darum zu bemühen, die »hearts and minds« der lokalen Bevölkerung zu gewinnen und – wie es scheint erfolgreich – humanitäre Dienstleistungen, Sprachkurse und sogenannte »quick impact projects« angeboten.

Unterschiedliche UNIFIL-Kontingente haben die Frage, wie aktiv sie die Entwaffnung von Milizen im Einsatzgebiet betreiben dürfen bzw. sollen, unterschiedlich beantwortet. Während einige nur gegen das offene Tragen von Waffen vorgehen bzw. Waffen konfiszieren, die sie zufällig finden, haben andere, insbesondere das spanische Kontingent, aktiver nach Waffenlagern und Stellungen der Milizen gesucht. Gleichzeitig haben einzelne Kontingente Arbeitskontakte zu lokalen Hizbullah-Strukturen aufgebaut, die sich bei kleineren Zwischenfällen als nützlich erwiesen haben.

Die Maritime Task Force

Aus Resolution 1701 Ziffer 15 wurde das Mandat einer seeseitigen Sicherung des Waffenstillstands und Durchsetzung des Waffenembargos durch die MTF abgeleitet. Das Einsatzgebiet umfasst die Küstengewässer sowie einen Seeraum bis rund 50 Seemeilen vor der 225 km langen libanesischen Küste, einschließ-

8 Die libanesische Armee verkündete Anfang September 2007 den Sieg über Fatah al-Islam; noch ist allerdings nicht davon auszugehen, dass damit die Sicherheitslage dauerhaft stabilisiert ist.

lich des darüber liegenden Luftraums. Dabei operiert die MTF in den libanesischen Territorialgewässern gemeinsam mit der libanesischen Marine, in einer Zwölf-Meilenzone benötigt sie die libanesische Erlaubnis für ihre Aktivitäten, innerhalb der Sechs-Meilenzone handelt sie lediglich auf libanesische Anforderung.[9] Die Einsatzregeln beinhalten ein »abgestuftes Verfahren«, nach dem geregelt ist, wer umleiten, abdrängen und kontrollieren darf. Bordkontrollen sowie Beschlagnahmungen und Festnahmen werden durch die libanesische Marine bzw. den libanesischen Zoll durchgeführt; will die MTF Kontrollmaßnahmen durchführen, wird dies mit einem libanesischen Verbindungsoffizier abgestimmt. Zudem soll die MTF humanitäre Hilfe, Unterstützung beim Lufttransport sowie Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für die libanesischen Sicherheitskräfte leisten. Denn es geht ja letztlich darum, die libanesische Marine in die Lage zu versetzen, Libanons Küstengewässer mittelfristig selbst sichern zu können.

Die deutsche Marine leitet die MTF seit Mitte Oktober 2006; sie hat rund 960 Soldaten, zwei Fregatten, zwei Schnellboote, einen Versorger, zwei Minenjäger und zwei Bordhubschrauber im Einsatz. Neben dem deutschen Kontingent sind an der MTF Bulgarien, Griechenland, die Türkei, Schweden, Dänemark und Norwegen beteiligt. Der erste Erfolg des Einsatzes war, dass Israel seine im Juli 2006 verhängte Seeblockade aufhob. Zwar ist es im Verlauf der Mission wiederholt zu Zwischenfällen gekommen, bei denen israelische Jagdflugzeuge Schüsse auf deutsche Schiffe abfeuerten bzw. israelische Jagdflugzeuge, Schnellboote oder Drohnen sich dem Flottenverband näherten. Die Vorfälle konnten aber zwischen dem deutschen und dem israelischen Verteidigungsministerium schnell geklärt, eine direkte Konfrontation verhindert werden. So ist der MTF-Einsatz, insbesondere im Vergleich zum Einsatz der UNIFIL im Süden des Landes, relativ unspektakulär. Sowohl die deutsche Einsatzleitung als auch die VN bestätigen, dass der Einsatz sehr gut laufe, die Abstimmung mit den libanesischen Partnern kooperativ gehandhabt werde und sich als unproblematisch erwiesen habe. Bis Frühjahr 2007 tätigte die MTF über 3500 Schiffsabfragen, davon wurden 15 gemeldete Schiffe durch die libanesischen Behörden näher untersucht. Dabei hat es bislang keinerlei Anzeichen für Waffenschmuggel auf dem Seeweg gegeben.[10] Die MTF führt darüber hinaus Trainingskurse für die libanesische Marine durch, allerdings lässt bislang anscheinend die zugesagte Ausrüstungshilfe auf sich warten.[11]

9 Vgl. *Kleine Anfrage der FDP-Fraktion zum Bundeswehreinsatz im Rahmen von UNIFIL*, Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3211, 30.10.2006, S. 2.

10 Vgl. *Report of the Secretary General on the Implementation of Security Council resolution 1701 (2006)*, 28.6.2007 (S/2007/392); Weingärtner, »Das UNIFIL-Mandat der Bundeswehr«, S. 119; Daniel Auwermann, *Wachsam auf See*, Juni 2007, <http://www.marine.de/01DB070000000001/vwContentByKey/W275X9H8454INFODE>.

11 Vgl. Karl-Heinz Harenberg, »Deutsche Marine vor dem Libanon. Militärmission in der Sinnkrise?«, in: *Streitkräfte und Strategien*, NDR Info, 30.6.2007, <www.bits.de>.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Nach rund einem Jahr fällt die Bewertung der Umsetzung der Resolution 1701 äußerst zwiespältig aus. Einerseits ist es gelungen, durch die Präsenz von »UNIFIL plus« und der libanesischen Armee im Süden des Libanon relative Ruhe zu etablieren und die Dominanz der Hizbullah als lokale Ordnungsmacht zu brechen. Auch konnte die Waffenruhe trotz Übertretungen im wesentlichen aufrechterhalten, eine Eskalation von bewaffneten Auseinandersetzungen verhindert werden. Andererseits hat es wenig Fortschritte dabei gegeben, die Ursachen der kriegerischen Eskalation 2006 anzugehen. So hat – selbst wenn es der libanesischen Armee gelungen ist, einige Waffenlager aus zuheben – keine effektive Entwaffnung der Milizen stattgefunden. Im Gegenteil, Hizbullah hat ihre Milizen und Waffenlager teilweise aus dem Einsatzgebiet in nördliche Landesteile verlegt und, nach Berichten der israelischen und libanesischen Regierungen sowie eigenen Angaben der Hizbullah zufolge, mittlerweile mit Hilfe Syriens und des Iran wieder massiv aufgerüstet – ebenso wie militante palästinensische (PFLP-GC) und jihadistische Gruppierungen. Damit wurde auch das Embargo nicht effektiv umgesetzt, die Bedrohung für den Norden Israels durch Raketen bleibt bestehen. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass Israel einer weiteren Aufrüstung dauerhaft tatenlos zusehen wird.

Zu Recht ist die MTF in diesem Zusammenhang als »untaugliches Mittel am falschen Ort« kritisiert worden.[12] Denn nicht nur ist die seeseitige Überwachung sehr aufwändig und teuer,[13] auch findet der Waffenschmuggel nicht über das Meer, sondern vor allem über die in weiten Teilen unkontrollierte ca. 375 km lange syrisch-libanesische Landgrenze statt. Deren Großteil liegt allerdings außerhalb des derzeitigen UNIFIL-Einsatzgebietes, so dass UNIFIL den Waffenschmuggel nicht einmal beobachten kann. Der Einsatz von Aufklärungsdrohnen ist ihr bislang nicht gestattet worden. Damit aber sind UNIFIL und MTF nicht in der Lage, eines ihrer zentralen Ziele zu erreichen, nämlich den Waffenschmuggel in den Libanon zu unterbinden.[14] Insbesondere der Einsatz der Bundesmarine ist daher, vom Ausbildungsaspekt abgesehen, im wesentlichen symbolischer Natur. Dennoch wäre es das falsche Signal an die Konfliktparteien und an die anderen Truppensteller, das deutsche Engagement zum jetzigen Zeitpunkt zu beenden oder die Führungsrolle aufzugeben, bevor die Übergabe geklärt ist. Umso mehr wird es nun darum gehen, den Einsatz durch politische Maßnahmen zu flankieren, die darauf abzielen, das

12 Berthold Meyer, *Die maritime Task Force – eine Farce: warum das Nahost-Quartett auch beim israelisch-libanesischen Konflikt gefordert ist*, Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 2007 (HSFK-Standpunkte 1/2007), S. 8.

13 Die Bundesmarine hat ihren Einsatz für 2006 mit 46 Millionen Euro, für 2007 (bis zum vorläufigen Ende des Mandats am 31.8.2007) mit 147 Millionen Euro veranschlagt. <http://www.marine.de/01DB070000000001/vwContentByKey/W26TLJJB118INFODE>.

14 Ein unabhängiges Team, das der Generalsekretär entsandt hatte, stellte im Juni 2007 fest, dass es bei der Grenzsicherheit zwar Verbesserungen gegeben hätte, der derzeitige Stand aber ungenügend sei, um Waffenschmuggel zu verhindern. *Report of the Lebanon Independent Border Assessment Team*, Juni 2007 (S/2007/382), S. 3, <http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/{65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9/Lebanon%20S2007%20382.pdf>.

Waffenembargo effektiver umzusetzen und eine Konfliktregelung herbeizuführen.

- ➔ **Kontrolle der syrisch-libanesischen Grenze:** Deutschland ist bereits mit Beratungsmaßnahmen und Ausstattungshilfe engagiert, um die Kontrollen an der syrisch-libanesischen Grenze effektiver zu gestalten. Diese Maßnahmen sollten weiter ausgebaut werden. Letztlich wird eine effektive Grenzkontrolle allerdings nicht nur zur Voraussetzung haben, dass unter internationaler Vermittlung der endgültige Verlauf der Grenzen zwischen Israel, Libanon und Syrien geklärt wird, sondern auch, dass das UNIFIL-Mandat auf die Kontrolle der Landgrenzen ausgeweitet wird. Dies kann allerdings nur durch die aktive Kooperation Syriens erreicht werden.
- ➔ **Nationaler Dialog:** UNIFIL und die libanesische Armee können die militärische Entwaffnung oder gar Zerschlagung der Hizbullah-Milizen nicht leisten. Schließlich ist die gegen die israelische Besatzung des Südlibanon 1982 gegründete Widerstandsbewegung Hizbullah keine marginale Terroreinheit, sondern umfasst neben ihrem militärischen Flügel eine im schiitischen Bevölkerungsteil tief verwurzelte soziale Bewegung sowie einen politischen Arm, der mit 14 (von 128) Abgeordneten im Parlament vertreten ist und bis November 2006 zwei Minister in der Regierung stellte. Eine dauerhafte Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols seitens der Hizbullah und die Eingliederung ihrer Milizen in die staatlichen Streitkräfte kann nicht militärisch durchgesetzt, sondern nur durch die Fortsetzung und Intensivierung des im Frühjahr 2006 eingeleiteten »nationalen Dialogs« erreicht werden, der letztlich auf die Umsetzung des Abkommens von Taif von 1989 abzielt. Die Schweiz und Frankreich haben auf unterschiedlichen Ebenen Schritte unternommen, um den nationalen Dialog wieder in Gang zu setzen. Allerdings haben sich die Voraussetzungen für einen friedlichen Machtausgleich seit dem Krieg deutlich verschlechtert. Das Land ist innenpolitisch tief gespalten. Externe Einmischung, politische Morde, die Aufrüstung von Milizen und der Aufbau privater »Sicherheitsdienste« sowie das Erstarken jihadistischer Bewegungen mit al-Qaida-Affinität haben das Land weiter destabilisiert. Eine weitere Krise droht für den Herbst 2007, wenn kein konsensfähiger Nachfolger für den derzeitigen Staatspräsidenten Emile Lahoud gefunden wird, dessen Amtszeit im November abläuft.
- ➔ **Regionale Konfliktregelung:** Zwar hatte die Bundesregierung im Sommer 2006 betont, dass der Beitrag der Bundeswehr zur Stabilisierung der Sicherheitslage die Suche nach einer regionalen Konfliktregelung nicht ersetzen könne. Dennoch sind diejenigen Ursachen des letzten Krieges, die in den ungelösten Fragen des israelisch-arabischen Konfliktes liegen, bislang nicht angegangen worden. Dies gilt insbesondere für die nach wie vor israelisch besetzten Shebaa-Farmen und die Golanhöhen. Bislang hat es nicht einmal einen förmlichen Waffenstillstandsvertrag zwischen Israel und dem Libanon gegeben.[15] Derzeit konzentrieren sich die diplomatischen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft darauf, die israelisch-palästinen-

15 Wenig Fortschritte wurden auch hinsichtlich der entführten israelischen Soldaten erzielt; bis heute hat Israel keine Informationen über ihre Befindlichkeit erhalten.

sische Schiene des Friedensprozesses voranzubringen. Eine nachhaltige Stabilisierung der Region wird allerdings nicht möglich sein, wenn nicht die legitimen Interessen *aller* subregionalen Akteure berücksichtigt werden – wenn also neben Israels Sicherheit und Libanons Souveränität (also der Wiederherstellung der vollen staatlichen Autorität auf libanesischem Staatsgebiet und einem Ende der ausländischen Einmischung in die libanesische Innenpolitik) auch Syriens territoriale Integrität beachtet wird. Syrien wird sich kaum konstruktiv bei einer Stabilisierung des Nachbarlandes verhalten, solange es befürchtet, beim Friedensprozess außen vor zu bleiben und damit die Golanhöhen nicht wiederzuerlangen, und solange sich das Regime durch eine mögliche Politisierung des internationalen Tribunals zur Aufklärung des Mordes am ehemaligen libanesischen Premierminister Rafiq Hariri in seiner Existenz bedroht sieht.